Paul Weß Pfarrgemeinde Machstraße, 1. Oktober 2006

„Wer euch auch nur einen Becher Wasser zu trinken gibt ...“ (Mk 9,41)
Predigt am 26. Sonntag im Jahreskreis B, zugleich Wahlsonntag in Österreich

Schon die ersten Christen haben sich die Frage gestellt, was mit den Menschen geschieht, die die Botschaft Christi von Gottes- und Nächstenliebe wohlwollend unterstützen, aber keine Christen werden. Das heutige Evangelium will darauf eine Antwort geben: „Wer nicht gegen uns ist, der ist für uns. Wer euch auch nur einen Becher Wasser zu trinken gibt, weil ihr zu Christus gehört, ... er wird nicht um seinen Lohn kommen.“ Auch in der Gerichtsrede bei Matthäus geht es um dasselbe Thema. Dort heißt es: „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“ Die „Geringsten“ war eine Selbstbezeichnung der ersten Christen. Aber man kann das durchaus verallgemeinern: Menschen, die anderen Gutes tun und sie im Gut-Sein unterstützen, werden in das Reich Gottes gelangen. Auch wenn diese Menschen nicht wie die Christen an Gott glauben, werden sie von ihm nicht verurteilt, sondern in der Ewigkeit ihren Lohn bekommen, Anteil erhalten am ewigen Leben.

Diese Antwort ist heute besonders wichtig, wo wir Christen in einer pluralen Welt leben, in der es viele Menschen mit anderen Weltanschauungen und Religionen gibt, die aber durchaus viel Gutes tun und uns manchmal darin Vorbild sind. Diese Sicht des Evangeliums geht davon aus, dass Gott alle Menschen retten will und retten wird, die das Gute tun, die auf die Stimme ihres Gewissens hören und gut zu den anderen sind. Man nennt sie „Menschen guten Willens“.

Diese Botschaft geriet in der Kirche für lange Zeit in Vergessenheit. Im Gegensatz zu Jesus, der die Menschen in persönlicher Freiheit in seine Nachfolge rief, wurde die Kirche zu einer Staatskirche, das Christentum zu einer Staatsreligion. Die Kirche hat dabei mitgetan und hat sich selbst für allein seligmachend erklärt. Da hieß es dann: „Außerhalb der Kirche kein Heil.“ Das Konzil von Florenz 1442 definierte als Glaubenssatz: „Alle Nichtkatholiken kommen ins ewige Feuer“ (DH 1351).

Das Zweite Vatikanische Konzil hat hier eine Korrektur vorgenommen. Es bekannte sich zur Religionsfreiheit und dazu, dass Gott alle Menschen retten will. So steht es in der Pastoralkonstitution (Art. 22): Alle Menschen guten Willens, auch Atheisten, „gehen so wie die Gläubigen der Auferstehung entgegen.“ Das ist ein Beispiel dafür, dass man nicht von einer inhaltlich unveränderlichen und unfehlbaren Lehre der Kirche sprechen kann.

Wenn also Menschen guten Willens sind und anderen Gutes tun, dann setzen sie sich nicht an die Stelle Gottes und erheben sich nicht über die anderen. Sie nehmen die Vorgegebenheit des Daseins an, damit auch die Notwendigkeit der Ausrichtung nach seinen Wertordnungen. Sie wollen nicht selbst über Gut und Böse bestimmen, die Maßstäbe setzen, sondern suchen eine gemeinsame Wahrheit, eine Wertebasis. Heute ist auch viel von „Werten“ die Rede, aber oft so, als ob wir diese Werte festlegen könnten, wie man den Preis einer Ware festlegt. Dann könnte sie auch jede und jeder wieder aufheben. Verpflichten können uns diese Werte nur, wenn sie uns vorgegeben sind. Das besagt noch keinen Glauben an einen persönlichen Gott, der das alles geplant hätte, aber die demütige Anerkennung der Vorgegebenheit des Daseins. Vielleicht sollte man statt von Werten besser von Gesinnungen sprechen.

Der entscheidende Ort, an dem sich dieser gute Wille zeigt, ist die Mitmenschlichkeit: Sie stellt mich unweigerlich vor die Frage, ob ich im Leben des Nächsten nur ein sinnloses Zufallsprodukt sehe, dessen Wert höchstens in dem Nutzen besteht, den ich von ihm haben kann, oder eine Person, deren Leben Sinn und Würde hat und um seiner selbst willen wichtig ist. Sobald ich das anerkenne, habe ich mich und den anderen, die andere, schon auf einen gemeinsamen höheren Daseinsgrund hin relativiert, bin ich also offen für Gott, ohne deshalb schon an ihn glauben zu müssen. Wenn ich durch entsprechende Erfahrungen zum Glauben an Gott finde, werde ich mich aus diesem Grundvertrauen heraus noch mehr für das Gute einsetzen können. Aber schon in jeder Nächstenliebe, die den anderen Menschen so wichtig nimmt wie sich selbst, steckt eine Offenheit für Gott. Wenn also diese Haltung genügt, um in den Himmel zu kommen, dann muss sie schon auf Erden ausreichen, um ein menschliches Zusammenleben zu ermöglichen. Sie wäre also die gemeinsame Basis für die Menschen aus verschiedenen Religionen und Weltanschauungen, die in einer pluralen Welt miteinander leben wollen: das Kriterium für die Humanität.

Anknüpfend an diese Überlegungen über den nötigen guten Willen in einer menschenwürdigen Welt mache ich jetzt einen gedanklichen Sprung zur heutigen Nationalratswahl. Ich gebe hier keine Wahlempfehlung, kann Ihnen auch keine geben, weil ich mit allen Parteien Probleme habe; nicht nur mit dem Stil des Wahlkampfes, sondern viel mehr mit den Inhalten. Genauer gesagt: nicht mit den Inhalten, über die gesprochen wurde; da wollen alle gewaltig viel erreichen, versprechen das Blaue vom Himmel herunter: von Arbeit für alle, genügend Einkommen für alle, beste Gesundheitsvorsorge für alle, womöglich ohne Beitragserhöhungen, Bildung für alle mit individueller Betreuung, Sicherheit usw. usw. Mir geht es um die Inhalte, die *nicht* angesprochen werden, die auch in der so genannten „Elefanten-Runde“ der Spitzenvertreter der Parlamentsparteien am Donnerstag gefehlt haben. Ich kritisiere sie alle, weil sie auf die nötigen geistigen Grundlagen eines menschlichen Zusammenlebens viel zu wenig eingehen, sie der Bevölkerung nicht zumuten und nichts für deren Erarbeitung tun.

Anders gesagt: Die Parteien argumentieren in der Wahlwerbung mit Versprechungen von Vorteilen oder von Sicherheiten, oder mit der Berufung auf Personen, die es angeblich „können“, ohne auf die Voraussetzungen zu achten, die ein soziales Zusammenleben von allen Angehörigen des Volkes verlangt, und ohne diese den Menschen auch zuzumuten. Sie versprechen Rechte, ohne von den Pflichten zu reden, die erfüllt werden müssen, damit alle zu ihren Rechten kommen können.

Dazu schreibt der deutsche Verfassungsjurist Ernst-Wolfgang Böckenförde (in seinem Buch "Recht, Staat, Freiheit". Frankfurt a. M. ²1992, 112f): "Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Anderseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwangs und autoritativen Gebots, zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und - auf säkularisierter Ebene - in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat."

Eine solche gemeinsame ethische oder moralische Basis ist nur in Freiheit möglich,

man kann sie nicht diktieren. Aber man kann sehr wohl auf ihre Notwendigkeit hinweisen, entsprechende Meinungsbildungsprozesse anregen und sie zum Unterrichtsthema machen, und zwar nicht nur im Religionsunterricht. Damit ein Staat ein Sozialstaat sein kann, muss er die nötige soziale Gesinnung allen Angehörigen des eigenen Volkes und den Zuwanderern zumuten (das wäre vorrangig gegenüber Deutschkenntnissen). Es bräuchte also so etwas wie eine gemeinsame ethische Erziehung, einen Ethikunterricht zumindest für jene, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen. Doch dafür müsste man sich einigen, welche Ethik da unterrichtet werden soll.

Etwas konkreter darf ich noch werden, auch ohne eine Wahlempfehlung zu geben: Von den Grünen kam mehrfach die Forderung nach mehr Lehrern, nach individueller schulischer Betreuung, weil 18.000 Jugendliche jedes Jahr die Schule verlassen, ohne richtig lesen und schreiben zu können und dabei den Sinn zu erfassen. Abgesehen von der Frage, woher das Geld kommen soll, übersehen sie, dass Lehrerinnen und Lehrer nur schwer etwas erreichen können, wenn die Voraussetzungen vom Elternhaus nicht gegeben sind. Die ersten Lebensjahre sind viel entscheidender als die Schuljahre. Wer erzieht die Eltern, dass sie ihre Kinder erziehen? Zum Autofahren braucht es einen Führerschein und dafür eine Prüfung, wer achtet auf die Voraussetzungen für die Kindererziehung? Natürlich braucht es dafür einen Wertekonsens. Wer tut etwas dafür, dass ein solcher zustande kommt?

Die Sozialisten fordern: „Wohlstand muss gerecht verteilt werden." Aber bevor er verteilt werden kann, muss er zuerst einmal erreicht werden. Da ist schon die Frage, was alle dazu beitragen können und sollen. Ich darf nicht nur den Wohlstand der anderen verteilen wollen, solange ich keinen habe. Wie steht es um die Bereitschaft zu teilen, wenn ich selbst wohlhabend bin oder werde? Da gab es in letzter Zeit erschreckende Beispiele von fehlender Verantwortung. Außerdem muss man sich darauf einigen, was gerechte Verteilung bedeutet. Ein Sozialstaat kann nur funktionieren, wenn alle seine Glieder sozial sind und handeln.

Die Volkspartei wieder setzt ganz auf ihren Kanzler, „weil er's kann", wie es auf den Plakaten heißt. Wobei nicht gesagt wird, was er alles kann und wie das gehen soll. Als ob ein Politiker könnte, was nur alle miteinander können! Gerade im Zeitalter der Globalisierung braucht es eine große Disziplin aller im Konsumverhalten. Wenn alle nur die Waren aus Billiglohnländern ohne Sozialstandards kaufen, wird es bei uns keine Arbeitsplätze geben und kann der Sozialstaat nicht mehr finanziert werden. Da ist auch der beste Kanzler machtlos. Es braucht ganz neue Strategien und eine Mitverantwortung aller. Weil die neoliberal handelnden Weltkonzerne mächtiger sind als die Politiker, sind diese hilflos. Wenn sie das zugäben, wäre das ein erster Schritt.

Eine solche gemeinsame Basis an Gesinnungen braucht auch Vorbilder. Das können nicht Einzelne sein, sondern nur entsprechende Gemeinschaften. Es braucht also eine lebendige und menschlich hochstehende Zivilgesellschaft, damit die politische Ordnung funktionieren kann. Genau hier liegt die Aufgabe der Kirche. Sie soll eine solche Modellgesellschaft sein, die Mut macht, sie soll ein Erfahrungsraum für ihre Umgebung und für die Kinder sein, damit diese sich ein Beispiel nehmen können: Stadt auf dem Berg, Licht der Welt, Salz der Erde (vgl. Mt 5,13–16). Ich darf heute am Sonntag nach dem 40-jährigen Pfarrjubiläum der Pfarrgemeinde Machstraße – das für mich ein Erlebnis war – nochmals das Motto in Erinnerung rufen, unter das wir seinerzeit diesen Weg gestellt haben. Es ist der Auftrag Jesu: „Daran werden alle erkennen, dass ihr meine Jünger seid: wenn ihr einander liebt" (Joh 13,35).